

An
Nachrichten- und
Politikredaktionen

Presseerklärung

25. Februar 2004

Rose fordert Rücknahme von Sozialhilfekürzungen und wirksame Strukturhilfen in der Slowakei

Der Aufstand hunderter Roma in der Ostslowakei am vergangenen Wochenende ist das Ergebnis von angeblichen „Reformen“ im Sozialbereich, die sofort zurückgenommen werden müssen. Die Begründung der slowakischen Regierung für die Kürzung der Sozialhilfe für Langzeitarbeitslose, darunter viele der 500,000 slowakischen Roma, ist zynisch. Die Arbeitslosen sollen angeblich zur Arbeitsaufnahme gebracht werden, ihnen werden aber keine konkreten Arbeitsangebote gemacht. Solche Kürzungen treffen Menschen, die oft unter katastrophalen Lebensbedingungen, gesellschaftlicher Ausgrenzung und in ständiger Gefahr rassistischer Angriffe leben.

Zur Durchsetzung von Gleichberechtigung und Chancengleichheit für die Angehörigen der Minderheit ist die konsequente Umsetzung von internationalen Schutzbestimmungen sowie die Entwicklung einer bedarfsgerechten Infrastruktur in Roma-Wohnvierteln notwendig. In zahlreichen Städten und Dörfern der Slowakei und anderen Ländern Ost- und Südosteuropas leben noch immer viele Angehörige der Roma-Minderheit unter unmenschlichen Bedingungen ohne eine ausreichende Versorgung mit Strom, fließendem Wasser, oder Kanalisation. Damit fehlen die Grundvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben, die als erstes geschaffen werden müssen. Die EU und die Weltbank müssen sich weitaus konsequenter als in den vergangenen Jahren dieser Aufgabe zuwenden, in Zusammenarbeit mit den nationalen Regierungen ausreichend ausgestattete Infrastrukturprogramme einrichten und eine verbesserte Koordination und Kontrolle dieser Maßnahmen sicherstellen. Die Bereitschaft zu wirksamer Hilfe fehlt bisher. Dies zeigt sich auch an der Weigerung des EU-Erweiterungskommissars Günter Verheugen, der seit 1999 ein Gespräch mit dem Zentralrat über diese Fragen verweigert.

Die slowakische Regierung folgt mit ihren Reformen den Empfehlungen internationaler Organisationen, die der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma bereits vor einem Jahr in verschiedenen Stellungnahmen gegenüber der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und anderen Organisationen kritisiert hatte. Solche Kürzungen von Sozialhilfeleistungen, die ohnehin schon weit unter dem Existenzminimum liegen, verschärfen, wie sich nun in der Slowakei zeigt, die Not und die bestehende Ausgrenzung der nationalen Minderheit der Roma und führen zur Vertreibung aus ihrer Heimat.

Romani Rose